

Jede Stimme soll gleich viel zählen!

Das sollte in einem demokratischen Staat selbstverständlich sein. Vor 2006 war das aber in der Stadt Zürich überhaupt nicht so. Die Unterteilung der Stadt in zwölf Wahlkreise führte im Gegenteil dazu, dass die kleineren Parteien bei der Sitzverteilung im Gemeinderat stark benachteiligt und regelmässig nicht entsprechend ihrem Stimmenanteil im Parlament vertreten waren. Zur Beseitigung dieses Mangels wurde das "Pukelsheim"-Verfahren eingeführt. Seither erfolgt die Sitzverteilung grundsätzlich aufgrund der gesamtstädtischen Wähleranteile der Parteien. Auf Betreiben der grossen Parteien wurde aber leider ein systemfremdes Element eingeführt: die sogenannte Fünfprozent-Hürde. Damit eine Partei überhaupt in den Gemeinderat kommt, reicht nicht aus, dass sie gesamtstädtisch genügend Stimmen für einen oder mehrere Gemeinderatssitze erhält. Sie muss zusätzlich in mindestens einem Wahlkreis 5 % Stimmenanteil erreichen. Damit

landen Tausende von Stimmen im Papierkorb!

In der kommenden Amtsdauer bleiben verschiedene kleinere Parteien, denen nach dem "Pukelsheim"-Proporz eigentlich insgesamt sieben von 125 Sitzen im Gemeinderat zustünden, ausgesperrt. Die Argumente, mit denen die grossen Parteien dies zu rechtfertigen versuchen, sind höchst fadenscheinig. Von einer drohenden "Zersplitterung" im Gemeinderat kann nicht die Rede sein, hätten doch auch ohne die unfaire Sperrklausel die drei grössten Parteien 78, die fünf grössten gar 104 von 125 Sitzen erhalten. Vorgebracht wird auch, dass die Vertreter der kleinen Parteien im Ratsbetrieb nicht genügend "eingebunden" wären. Soweit das so ist, haben dies die "Grossen" selber verursacht: Sie haben ja die Gemeinderäte von Parteien mit weniger als fünf Sitzen von der Mitarbeit in den vorberatenden Kommissionen ausgeschlossen und damit zu Parlamentariern zweiter Klasse degradiert! Abwegig ist die weitere Argumentation, die kleinen Parteien hätten bei den knappen Mehrheitsverhältnissen im Gemeinderat einen zu grossen Einfluss, was die Entscheidungen im Rat "unberechenbar" mache. In den Ratssitzungen habe alle Ratsmitglieder eine Stimme und damit gleich viel Einfluss. Die "Unberechenbarkeit" besteht darin, dass die Vertreter von kleinen, unabhängigen Parteien wie SD oder EVP die "Frechheit" haben, nicht einfach blindlings einem der grossen Blöcke nachzulaufen. Die Platzhirsche des bürgerlichen und des linken Parteienblocks empfinden sie deshalb als Störenfriede. Eigentlich steht in der Gemeindeverfassung, dass die

Mitglieder des Gemeinderats – auch jene der grossen Parteien – "ohne Instruktionen" stimmen. Das ist aber längst toter Buchstabe. Anders als noch vor 20, 30 Jahren traut sich kaum noch ein Ratsmitglied, anders abzustimmen als die Mehrheit seiner Fraktion. Da könnte man gerade so gut auf Ratssitzungen verzichten, stattdessen im Rathaus eine Waage aufstellen und nur noch die Fraktionschefs einen Jeton drauflegen lassen, der so viele Gramm wiegt wie ihre Partei Sitze hat. Im faktischen Fraktionszwang liegt das wahre Übel, nicht in der Präsenz kleiner Parteien. Darum weg mit der undemokratischen Sperrklausel bei den Gemeinderatswahlen!

Christoph Spiess, Gemeinderat (Schweizer Demokraten, Kreis 9)